

Nachts eingegangen.

Berlin, 28. Febr. Der feierliche Staats-Bekräftigung des Reichsmarschall-Ramke, Comandant General, ist an demselben Tag in Weimar gefolgt.

† Leipzig, 28. Februar. Das Volkstheater „Schubert“ von Richard Bohm machte bei glänzender Darbietung einen vortrefflichen Eindruck und hatte großen Erfolg.

Dresdener Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

G. H. Rohlfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannisstr. 15.
Fabrik v. Contobüchern

Dresden, 1891.



Photographische Apparate für Amateur- u. Prof. Zwecke.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernspr. 391.
Gewähr für reine Naturweine.
Täglich frische Austern.

Carl Tiedemann, Buchbinder
Altstadt: Moritzstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Gölitz“.

Ed. Pachtmann, K. S. Hofl.
7 Pragerstrasse 7
Fabrik und Lager
feiner Leder- und Bronze-Galanterie-Waaren, Kunstgegenstände, Ehren-Geschenke, Album-Patent-Ständer, Fächer, Cassetten, Damenschmuck etc.

„Invalidendank“

Dr. 60. Spiegel: Reise der Kaiserin Friedrich, Militärbehalte im Reichstag, Hofnachrichten, Receptorwechsel, Verein gegen Armennoth, Ausstand in Tbalheim, Zoologischer Garten, Volkserziehung, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Sonntag, 1. März.

Politisches.

Die beschleunigte, fast heimliche Abreise der Kaiserin Friedrich von Paris hat für alle Fälle die Wiederholung jener skandalösen Vorgänge beim Besuch des Königs Alfons von Spanien, welcher auf dem Wege zum Bahnhof bis zum spanischen Gesandtschaftshotel ausgepfiffen wurde, unmöglich gemacht. Es war die höchste Zeit, daß dem bis zur Niederlegung erlittenen Charakter der Kaiserin jede Möglichkeit entzogen wurde, zu Täuschungen überzugehen. Leider haben die wenigen nächsten Politiker, welche der Reise der Kaiserin anwesend waren, keinen Erfolg in Aussicht stellen können, vollkommen Recht behalten. Die Reise ist ein Mißerfolg, wie er sich kaum größer denken läßt. Zunächst hat die Kaiserin die uns möglicherweise, daß freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich nicht auf dem Wege schändlichen Entgegenkommens und unverschämter Eitelkeit zu erreichen sind, die entschiedenste Rechtfertigung erfahren, bezweifelnd freilich, daß selber kein Anlaß gegeben ist, sich darüber zu freuen. Die Kaiserin haben wahrlich nicht ganz Unrecht, wenn sie die Reise der Kaiserin als eine politische Niederlage betrachten, welche Deutschland erlitten hat. Denn nichts von dem, was die Kaiserin offenbar bezweckt hat, ist eingetreten. Von einer Beschäftigung der Berliner Kunstausstellung seitens französischer Maler, welche wie das vorausgegangene liebenswürdige Verhalten unserer Kaiserin beim Tode des Kaiserin Kaiserin einen freundschaftlichen Verkehr zwischen beiden Nationen anbahnen sollte, kann jetzt kaum noch die Rede sein. Vor dem Aufbruch der Kaiserin Friedrich schien die Beteiligung der französischen Künstler in dem Wägen gefichert, daß dieselbe wohl im Stande gewesen wäre, ein Bild von der französischen Kunst der Gegenwart zu geben. Jetzt aber, nachdem die Kaiserin Friedrich die nachhaltigen Künstler in Paris mit ihrem Besuch beehrt hat, steht fest, daß die französischen Maler und Bildhauer, vielleicht von ganz verächtlichen Ausnahmen abgesehen, ihre Werke in Berlin nicht ausstellen werden. Es wäre müßig, nach den äußeren Umständen zu forschen, welche diesen radikalen Umsturz herbeigeführt haben. Vielleicht war der übermäßig lange Aufenthalt der Kaiserin ein Fehler; vielleicht hätte auch besser der Besuch von Versailles und der Ruinen von St. Cloud unterbleiben müssen. Denn beides hat zweifellos der in Scene gezeigten chaotischen Dege Richtung zugeführt. Aber der eigentliche Grund des pöbellich eingetretenen Stimmungswechsels liegt einerseits in der leidenschaftlichen Unbefähigkeit und völligen Unberechenbarkeit des französischen Nationalcharakters und andererseits in der Unüberwindlichkeit und Unausweichlichkeit des Hasses, den die Franzosen den Siegern von 1870 tief im Herzen bewahrt haben. Frankreich hat einen glänzenden Sieg errungen, so ruft man jetzt triumphierend jenseits der Vogesen aus; die französische Ehre ist gerettet. Und sollte der Besuch der Kaiserin-Walter wirklich ein Fehler gewesen sein, ob vielleicht auch in Paris das Oberhaupt Deutschlands willkommen sein möchte, so ist eine Antwort erfolgt, die an Drückbarkeit nicht zu wünschen übrig läßt. „Nein“, sagte ein deutscher Deputierter, der Zustimmung der Mehrheit seiner Vorkameraden sicher, „Weilman wird nicht nach Paris kommen, wir werden ihn in's Wasser werfen, ihn mit seinem Hagen!“ Als Schwärze hat man in Frankreich unter Berücksichtigung der Ausgezeichnetheit und die Annahme ist angesichts des Wahnes, daß Kaiser Wilhelm bereit sei, alle Opfer zu bringen, um Frankreich zu verschlingen, so wohl gefügt worden, daß ein Pariser Blatt zu schreiben mochte: „Wäre die Rückgabe Elsass-Lothringens die Erinnerung an Sedan, Metz und die Pariser Belagerung wertig? Würde dies ungeschicklich machen, daß wir bester wurden? Auf unserer Niederlage beruht vor Allem unser Daß!“ Die Reise der Kaiserin Friedrich ist ein deutlicher Hinweis, daß die eingeschlagene Richtung verabschiedeten Entgegenkommens den Franzosen gegenüber gar nicht am Platze gewesen ist. Diese Auffassung scheint sich bereits Bahn gebrochen zu haben, denn der Reichsanzeiger meldet in demselben Augenblicke, wo die Abreise der Kaiserin erfolgt ist, daß bis auf Weiteres von jeder Wiederholung in der Handhabung des Wahnsinnes in Elsass-Lothringens abzusehen ist und keinerlei Bekehrungsleistungen im Fremdenverkehr einzutreten sollen. Das bedeutet also eine Rückkehr zum alten „Cours“ des Fürsten Bismarck, der ganz genau wußte, wie die Franzosen behandelt werden müssen. Das deutsche Volk wird auch insofern dem „alten Cours“ treu bleiben, als es in geschlossener Einheit zu seinem Kaiser hält, wenn der Hochmut der Franzosen zu weiteren bösehaften Herausforderungen schreiten sollte. Die Erklärung des Abg. Windthorst in der gestrigen Reichstags-Sitzung, daß die Deutschen fest und unentwegt zu ihrem Monarchen stehen und unter allen Umständen bereit sind, seine Würde gegen Jedermann zu verteidigen, mag in Paris als kalter Wasserstrahl wirken und den Beweis erbringen, daß Deutschland noch keinen unerschütterlich zusammensteht „für Kaiser und Reich“.

Der Reichstag hat die lang ausgezogenen Verhandlungen über das Arbeiterlosgesetz abgebrochen und ist zur zweiten Lesung des Militär-Etats übergegangen. Im Großen und Ganzen zeigt derselbe eine sehr bemerkenswerte Verschärfung auf das Was dessen, was im Interesse der Kriegsbereitschaft und Schloßfertigkeit unserer Armeen unumgänglich geboten ist. Die bei Weltweit wichtige Bedeutung, welche die Abreise an technischer und organisatorischer Bedeutung weit übersteigt, ist die Vorlage, die Gewährung von Capitulationsprivilegien an die Unteroffiziere betreffend. Durchdachtlich besteht ein Prozentiger Rang an Unteroffizieren im deutschen Heere, in Süddeutschland hat derselbe in den letzten vier Jahren so gar mehr als 11 Prozent erreicht und nur mit Mühe konnten daher die Truppen dem an sie insbesondere bezüglich der

Ausbildung zu stellenden Anforderungen und Leistungen entsprechen. Auch steht das Unteroffizierskorps nicht mehr ganz auf der Höhe der Dienstfähigkeit und ist nicht mit den steigenden Ansprüchen der Zeit fortgeschritten. Mit der allgemeinen Bildung hat diejenige der Unteroffiziere nicht überall gleichen Schritt gehalten und gerade die tüchtigsten und gebildetsten Elemente haben der Unteroffizierskarriere Anstellungen in Fabriken und Comptoirs, welche weit höheren Verdienst und besseres Fortkommen gewähren, vorgezogen. Selbst die meisten Arbeiter sind besser gestellt, als die ältesten Unteroffiziere, auch wenn man in Rechnung zieht, daß dieselben für Kleidung und Wohnung nicht zu sorgen haben. Der Sergeant erhält monatlich an Gehalt z. B. 45 Mk., der Unteroffizier 34 Mk., während der Arbeiter doch in den meisten Fällen nach Abzug von Kleidung und Wohnungsmiete mehr übrig behält. Das kann der Unteroffizier bei weitem größerer Arbeitszeit als durchschschnittlich der Arbeiter zu leisten haben, 12 Jahre gedient, so bekommt er 105 Mk. vom Staate; dieser Betrag reicht nicht viel weiter als zur Beschaffung eines Civilanzuges und zur Bestreitung der Reisekosten nach dem Orte, an welchem er Aussicht auf eine Civilanstellung hat. Oft läßt diese noch lange warten, wobei dann die etwa vorhandenen Ersparnisse drauf gehen. Derjenige Unteroffizier dagegen, der nach kürzerer Dienstzeit als 12 Jahren die Laufbahn aufgibt, erhält überhaupt keine Prämie. Durchgreifende Maßregeln zur Aufbesserung des Unteroffiziersstandes sind bisher nicht getroffen worden. Die Militärverwaltung hat deshalb zu einem Mittel gegriffen, welches besonders in Frankreich angewendet wird, um der Arme den nöthigen Bestand an Unteroffizieren mit den wünschenswerthen Fähigkeiten zu sichern. Sie will, um gereifte und erfahrene Unteroffiziere möglichst lange bei der Fahne zu halten, ihnen beim Ausscheiden aus dem Dienste je nach der Länge der Dienstzeit Prämien gewähren, durch welche der Ausscheidende in den Stand gesetzt wird, seine neue Stellung mit einem kleinen Betriebskapital anzutreten. Die Prämien sollen mit 50 Mk. nach 5jähriger Dienstzeit beginnen, nach 6jähriger sollen 100 Mk., nach 7jähriger 200 Mk., nach 8jähriger 350 Mk., nach 9jähriger 550 Mk., nach 10jähriger 800 Mk., nach 11jähriger 900 und nach 12jähriger 1000 Mk. an Prämien gezahlt werden. Die dem Etat für Preußen dadurch entstehenden Gesamtkosten werden auf jährlich 1,8 Millionen Mark veranschlagt, wovon 300,000 Mk., die bisher zu gleichem Zwecke verwendet wurden, in Abzug zu bringen sind. Entsprechende Mehrforderungen sind in den nächsten und nächstnächsten Etat einzustellen. In der Budgetkommission war diese Mehrforderung mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt worden. Im Plenum stehen nun außer der Regierungsvorlage zwei Anträge zur Verathung, derjenige des Centrums, wonach nur nach Ablauf des 12. Jahres eine Dienstprämie von 1000 Mk. gezahlt werden soll, und ein national-liberal-freikonservativer Antrag, welcher vom 9. Dienstjahre an Prämien demüßigen will. — Aus der Diskussion am Freitag, welche zu keinem Abschluß gelangte, verdient besonders der wieder rein neuland Standpunkt der deutsch-freikonservativen Partei herausgehoben zu werden. Als Wortführer derselben wurde der Abg. Hinge als „Sachverständiger“ in's Gesicht gerückt, ein ehemaliger Offizier, auf den sich die Herren vom Deutsch-Reichthum recht viel einbilden, dem aber von seinen Standesgenossen die Führung seines einstigen Titels abgesprochen worden ist. Dieser Herr scheint daher ganz besonders besessen, im Ministerium Eugen Richter, mit dem ja jetzt der Zukunftspolitiker zu rechnen hat, als Kriegsmilitär zu fungieren. Der Abg. Hinge also bestritt sowohl qualitativ wie quantitativ jeden Nothstand bezüglich der Unteroffiziere und hält außerdem das ganze System der Unteroffiziersdienstprämien für ein verfehltes und unwirksames. Lebhafteste Unterstützung fand der deutsch-freikonservativen Standpunkt der Regierung seitens der Demokraten und Sozialdemokraten, also der übrigen Parteien, welche ebendamals die nicht staatsbehaltenden angesehen wurden. Auch Herr v. Caprivi wird wohl zu dieser im „alten Cours“ gangbaren Auffassung zurückkehren müssen, wenn sein warmer Appell an die „Herren vom Fortschritt“, es nicht mehr bei guten Worten bewenden zu lassen, sondern auch durch die That zu zeigen, daß sie zu den staatsbehaltenden Parteien zählen, wirkungslos verhallt sein wird.

Bernschreib- und Fernspruch-Berichte vom 28. Februar.

Berlin. Der Reichstag setzte die Einzelberatung des Militär-Etats bei den Unteroffizier-Dienstprämien fort. Dr. Windthorst empfahl seinen Antrag (Dienstprämien nur nach 12jähriger Dienstzeit und zwar in Höhe von 1000 Mk. zu gewähren), welcher den Forderungen der Sozialdemokratie entspricht und doch der Regierung das Nothwendigste bietet. Zudem die Kommission die Dienstprämien strikt, habe sie sich nicht prinzipiell dagegen ausgesprochen, sondern nur eine ernste Mahnung zu Sparsamkeit gegeben. Wahrend für eine Verbilligung seien die vom Kriegsminister angeführten Gründe. Er wünschte möglichst einstimmige Annahme dieses Antrags, damit das Ausland sehe, daß die Deutschen in Bezug auf die Wichtigkeit des Vaterlandes fest zusammenstehen. Er wünschte ferner, daß der von Willenberger kundgebene Standpunkt die Sozialdemokratie siehe auf dem Reformboden, von allen besten Freunden, auch außerhalb des Hauses, getheilt würde. In der heutigen Versammlung der Berliner Dreikönigsgesellschaft habe freilich ein Kollege Willenberger's ganz andere Anschauungen entwickelt. Windthorst schloß mit einem nachmaligen Appell zur Sparsamkeit. — Abg. Graf Bede (Reichspartei) beantragte den von ihm und Hammerer gestellten Antrag, Dienstprämien bereits nach neunjähriger Dienstzeit zu bewilligen. In der Armeeherrschaft mehr ein demokratischer, als ein Geist der Standesherren. Der Antrag Windthorst sei eine halbe Maßregel, aber er sei doch besser als gar nichts. — Abg. Richter (frei.): Von dem jetzt behaupteten Nothstand sei nach vier Jahren seit seiner Rede gewesen und der frühere Reichsanzeiger habe erklärt, daß wir das beste Material zu Offizieren und Unter-

offizieren hätten. Das könne man uns im Auslande nicht nachmachen. Das Manquement bei den Offizieren sei viel größer, als bei den Unteroffizieren. Hier wie da habe es seinen Grund in der Armeebeschränkung. Unteroffiziere hätten sich nicht so ohne Weiteres aus der Erde stampfen. Trotzdem hätten wir jetzt 1000 Unteroffiziere mehr, als nach dem Etat 1887. Bei der Berechnung des Einkommens eines Sergeanten auf 2 Mk. täglich müßten freie Station, Wohnung, Lazarethverpflegung u. s. w. auf 80 Pfg. veranschlagt. Wo bekomme man das Alles dafür? Die Civilversorgung als Soldatenerbe der Militärämter sei gar nicht so schlecht, wie es nach der Rede des Reichsanzeigers erscheinen müßte. Zieleben erhielten einschließlich des Wohnungsgeld-Zuschusses einen Gehalt, der auf den Tag berechnet, 4 bis 5 Mk. 60 Pfg. betrage. Nichts man über Abrechnung gegen den Unteroffizierstand. Wenn es sich aber um Bewilligung neuer Unteroffiziers-Posten handelte, dann sei der Zubruch so groß, daß damit das Bedürfnis für Erziehung der Schulen besetzen sei. Mit der Ertheilung des Civilversorgungsgeldes werde sehr freigebig umgegangen. Der Schein werde ertheilt, auch wenn eine 12jährige Dienstzeit noch nicht vorliege. Das habe zur Folge, daß die Unteroffiziere, die ihre 12 Jahre abgedient haben, beim Eintritt in den Civildienst dort bereits jüngere Kollegen vorfinden, die ihnen zuvor gekommen seien. Der Antrag Windthorst sei der schlechteste von allen. Die Civilprämie betrage nur 1/2, dafür biete er alle schlechten Seiten des Systems. Er verlangte das Avancement und biete doch dem Unteroffizier, mit dem immer nur auf 1 Jahr kapitalisiert werde, keine Sicherheit auf Erhaltung der Prämie. Windthorst habe auf den Grund nach Augen hingewiesen. Deshalb wolle er dann nur 1/2 bewilligen und nicht das Ganze? Das würde von seinem Standpunkte doch wirksamer sein. Die gestrige Besprechung des Reichsanzeigers über die Sozialdemokraten behaupte er im Interesse der Bestimmung der Sozialdemokratie selbst und im Interesse der Anhebung der Regierung. Die Sozialdemokratie werde damit als die einzige treibende Kraft hingestellt. Man solle nicht in das Feuer der Sozialdemokratie blasen, auch nicht, wenn man seinen Kopf daran wahren könne. Die freikonservative Partei nehme auch das Gute, wo sie es finde. Sie bewillige jährlich 12 Millionen für die neue Funktion, ohne darüber zu reden; aber sie bewillige nicht etwas, das sie nicht billigen könne. Sie sei staatsbehaltend, indem sie die Steuerkraft schone, denn der Staat werde von den Steuerzahlern erhalten. — Reichsanzeiger v. Caprivi: Auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie werde er immer zurückkommen, weil die sozialpolitische Frage die wichtigste am Ausgang dieses Jahrhunderts sei. Er hoffe und wünsche, daß sie friedlich gelöst werde. Aber die Regierung sei verpflichtet, auch auf den Kampf gefaßt zu sein, den die Ziele der Sozialdemokratie zur Voraussetzung hätten. Die Sozialdemokratie sei die größte Gefahr im Reiche. Abg. Richter meinte, die Regierung schädige ihr Ansehen durch Betonung dieser Gefahr. Richter möge der Regierung nur vertrauensvoll selbst überlassen, ihr Ansehen zu wahren; auf die Unterstützung Richter's hierbei verzichte er. Der Zweck der Vorlage sei, die besten Elemente für den Unteroffiziersstand zu gewinnen. Wenn Richter meinte, daß dessen Partei auch das Gute da nehme, mo sie es finde, so könne er für seinen Theil nicht leugnen, daß er das, was die Fortschrittspartei bisher gekostet, nicht gut heißen könne. Sie habe immer einen negativen Standpunkt eingenommen. So lange dies der Fall sei, könne keine Regierung mit ihr arbeiten, es müßte denn eine aus der Fortschrittspartei selbst hervorgegangene sein. Richter habe sich bezüglich der Qualifikation der Unteroffiziere auf einen Ausdruck des früheren Reichsanzeigers berufen. Er freute sich über diese Parteinahme für seinen Amtsvorgänger, mit dem man ihn immer gewissermaßen in beglücklicher Deutung als im Kampfe befindlich darstelle. Ihm sei allemal unheimlich in diesem Kampfe vor einer Bundesgenossenschaft gebunden, die er nicht begreife, und er freute sich, daß sich diese Bundesgenossenschaft jetzt einmal nach der andern Seite wende. Wenn Richter sagte, durch die Dienstprämien werde man nur das Selbstbewußtsein der Unteroffiziere steigern, so treffe das den Nagel auf den Kopf. Das Selbstbewußtsein der Truppe zu heben, sei immer die Aufgabe der großen Heerführer gewesen und werde es auch in Zukunft sein, um so mehr, als wir der Sozialdemokratie gegenüber einer starken Hand bedürften. (Die Rede des Reichsanzeigers machte einen sensationellen Eindruck und wurde auf der Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.) — Abg. Dr. v. Berger (kon.) befürwortet die Dienstprämien für Unteroffiziere, indem er besonders Gewicht auf die erzieherischen Aufgaben der letzteren legt. Die Demokratie bewirke auch in diesem Falle, daß sie nichts gelernt und nichts gegeben habe. — Abg. v. Bennigsen (nl.) befürwortet den Antrag Hammerer. Nachdem man das Bedürfnis für eine Verbesserung der Beamtengehälter anerkannt habe, müsse man auch das Bedürfnis der Verbesserung der Unteroffiziere zugeben. Eine Zulassung der Unteroffiziere zu den Offiziersstellen würden die Unteroffiziere als ein Unglück empfunden. Denn es sei in bekannt, daß ein letzter Subaltern-Offizier ohne Zuschuß von zu Hause nicht existieren könne. Durch gesetzl. Bestimmung werde dafür gefordert, daß die Dienstprämien nicht während der Dienstzeit durch Beurlaubung ausgezahlt werden können. — Abg. Willenberger (Soz.) bestritt Dr. v. Berger gegenüber, daß er hier oder außerhalb des Hauses je einen Standpunkt der gewaltthätigen Revolution eingenommen habe. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung werde allmählich von selbst der sozialistischen werden. Auch unter der schärfsten Handhabung des Sozialistengesetzes sei die sozialdemokratische Partei immer bemüht gewesen, die gewaltthätigen anarchischen Elemente von sich fern zu halten. Bei dem fortwährenden Hervorkommen gewaltthätiger Empörungen werde man die arbeitende Bevölkerung immer von Neuem auf etwas hin, woran sie selbst nicht denke. Das sei gefährlich. Die ganze Sozialreform sei bisher in einer Form erfolgt, als ob sie mehr für Unteroffiziere als für selbstständige Arbeiter bestimmt sei. Dem Marx'schen Programm habe sich die sozialdemokratische Partei nicht gefügt, wie sie sich überhaupt nicht einer Person füge. — Abg. Dr. Windthorst (Centr.) verlangt von den Sozialdemokraten eine timide und nette Erklärung, ob sie alles Das, was sie erstreben, wirklich im Wege der Reform erreichen zu können glauben. Es sei interessant zu hören, daß Marx heute von den Sozialdemokraten nicht anerkannt werde; das beweise, daß seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes keine Einigkeit mehr unter ihnen herrsche. — Abg. Richter (frei.) erklärt den im Verlauf der Debatte erfolgten Hinweis auf die Vorgänge in Frankreich für überflüssig. Jene Dinge seien viel zu unwichtig. Die Heranzügelung des Reichsanzeigers über die Bundesgenossenschaft der Freikonservativen erinnere an frühere Reaktionen Bismarck's. Die Freikonservativen brägen sich dem Reichsanzeiger nicht auf. (Rufe: Ja, na!) Diese Art von Abgabe an die Freikonservativen sei nicht nöthig gewesen. Diese seien in dem zehnjährigen Feuer der Reichsbeschränkung genügend erstarkt und unabhängig geworden, um auf ein offenes Feigheit, daß sie zu den staatsbehaltenden Parteien gehören, verzichten zu können. — Abg. Richter (frei.): Zwischen dem Reich-

Hotel „Fürst Bismarck“
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.